

Ökonomie der Ungleichheit

Die Wirtschaft wird in einem kapitalistischen System immer das Sagen haben – sagt Günther Pallaver, Professor für Politikwissenschaft an der Uni Innsbruck.



Foto: Alexander Alber

Günther Pallaver: „Das Kapital steuert die gesellschaftliche Entwicklung.“

ff: Viele Menschen haben den Eindruck, dass die Macht der Wirtschaftslobby immer größer wird. Ist dem so?

Günther Pallaver: Das ist eine Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte, ein allgemeiner gesellschaftlicher Prozess. Die Sozialdemokratie schwächt, das hat zur Folge, dass auch die Arbeitnehmerverbände schwächer werden. Das geht Hand in Hand. Aber das ist ein Prozess, der die gesamte werktätige Bevölkerung betrifft. Nicht nur die Verbände.

Warum schwächt die Arbeiterklasse?

Das hat mit dem Übergang von der Industriegesellschaft in eine postindustrielle Gesellschaft zu tun. Der chaotische Finanzkapitalismus hat den Industriekapitalismus ersetzt. Es wird immer schwieriger, die Arbeitnehmer zu organisieren. Wie will man beispielsweise Saisonarbeiter organisieren? In der Industriegesellschaft gab es eine andere Organisationslogik.

Das hat sich heute geändert ...

Ja. Hinzu kommen Faktoren wie die zunehmende Individualisierung und Globalisierung. Jeder steht für sich, die Solidargemeinschaft hat in den vergangenen Jahren an Stellenwert stark verloren. Dazu kommt die Globalisierung mit Preisdumping und Verlegung der Produktion in Billigländer. Und schauen Sie sich die neuen Arbeitsverhältnisse an, auch bei uns: Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf, geringfügige und befristete Beschäftigung, Ich-AGs. All das haben ja nicht die Arbeitnehmer erfunden.

Das klingt so, als ob sich der Neoliberalismus durchgesetzt hätte?

Sicher ist: Das Kapital, heute das in immer weniger Händen befindliche Finanzkapital, steuert die gesellschaftliche Entwicklung. Dafür ist nicht zuletzt die Politik verantwortlich, denn sie kann solche Prozesse natürlich auch steuern.

Die Politik kann die Macht der Wirtschaftsverbände also zügeln?

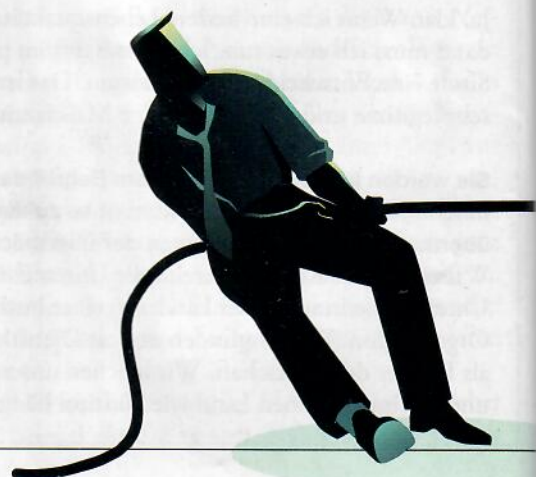
Ganz klar. Niemand verbietet ihr, die Interessen der Arbeitnehmer zu fördern, auch in der Organisation der Wirtschaft. Aber von Wirtschaftsdemokratie spricht heute niemand mehr.

Besteht nicht die Gefahr, dass mit der größeren Macht der Wirtschaftslobby auch das gesellschaftliche Ungleichgewicht größer wird?

Die Gesellschaft ist geprägt von Ungleichheit. Dass es jemals ein Gleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gegeben hätte, ist ein Mythos.

Ein Mythos?

Ja. In einem kapitalistischen System gibt es nur selten Ausnahmen. Der Fall ist das etwa bei der Mitbestimmung der Montanarbeiter im Deutschland der Fünfzigerjahre. Sie erhielten ein Mitspracherecht von bis zu 50 Prozent. Wenn die Arbeitnehmer in einem solchen System die Mehrheit haben, dann ist das Kapital und somit das Privateigentum an den Produktionsmitteln in der Minderheit. Dann könnten die Nichtkapitalbesitzer über das Kapital entscheiden. Das würde der Logik des Kapitalismus widersprechen. Insofern wird es in einem kapitalistischen System immer ein Ungleichgewicht geben.



Wie können wir es schaffen, dass das Pendel weniger stark in Richtung Wirtschaft ausschlägt?

(schmunzelt) Hätten Sie keine leichtere Frage?

Leider nein ...

Es kann schon sein, dass die Coronakrise wieder das Bewusstsein für mehr gesellschaftliche Gleichheit stärkt.

Sie meinen das Bewusstsein der besitzlosen Klassen?

Das könnte man so umschreiben. Wer in der Zeit der Ausgangsbeschränkungen ein Haus und einen großen Garten hatte, in dem er sich problemlos bewegen konnte, war zweifellos privilegiert. Etwa gegenüber einer Familie mit zwei Kindern, die in einem Wohnblock auf 60 Quadratmetern lebt. Diese Unterschiede hat Corona noch einmal deutlicher sichtbar, vor allem nachvollziehbar gemacht.

Die Krise hat die Ungleichheit verstärkt?

Die Ungleichheit und das Bewusstsein dafür. Wie immer kommt es darauf an, ob die Menschen das hinnehmen – oder Druck auf die Parteien machen. Denn die Parteien wollen regieren, und dafür brauchen sie Mehrheiten. Wenn genug Druck von unten da ist, ändern sich die Parteien, weil sie keine Stimmen verlieren wollen. Aber klar ist auch: Viele Machtinstrumente zur Orientierung von Meinungen und Abhängigkeiten liegen in den Händen von immer weniger. Da wird es immer ein krasses Ungleichgewicht geben. ■

Interview: Karl Hinterwaldner

und pflegt vor allem die SVP. Schon unter Landeshauptmann Silvius Magnago waren sie alle vertreten: die Wirtschaft, das Bürgertum, die Konservativen, die Arbeitnehmer.

Gerade die Arbeitnehmer waren Magnago wichtig. Er war einer ihrer größten Förderer, denn er hatte Angst, dass sie sonst eine eigene Partei gründen. Und zu einer ernsthaften Konkurrenz für die SVP werden. Die Stärke der Arbeitnehmer hat zugleich auch dafür gesorgt, dass die Balance zwischen den linken und rechten Kräften, zwischen den Sozialen und den Wirtschaftstreibenden besser gegeben war als heute.

Ein Otto Saurer und ein Erich Achmüller, sagt Dello Sbarba, würden der SVP heute fehlen. Die Arbeitnehmer in der Sammelpartei seien schwach, auch deswegen knirscht es im Getriebe der unterschiedlichen Lobbygruppen.

Wie man ihre Macht brechen kann? „Das geht nur, wenn die Südtiroler den Versuch starten, eine andere Partei zu wählen“, sagt Renate Holzeisen. Für die Bozner Anwältin, die dem Team K nahesteht, sind die Verflechtungen zwischen den Wirtschaftsverbänden und der SVP derart stark, dass dies das einzige Mittel sei.

In dem Moment, in dem es politischen Pluralismus gäbe, und damit auch in der Interessenvertretung der Verbandsmitglieder selbst, würde man der derzeit politisch-monolithisch bestimmten Verbandsvertretung ihre demokratisch nicht legitimierte Übermacht nehmen. Diese würde selbst den eigenen Mitgliedern oft mehr schaden als helfen. Sie nennt die Verbände auf Staatsebene als Beispiel, deren Durchschlagskraft aufgrund des politischen Pluralismus begrenzt ist.

„In Südtirol ist das ganz anders“, sagt Renate Holzeisen. „Hier sind durch die Verflechtungen zwischen Verbänden und SVP Abhängigkeiten entstanden, die die Politik erpressbar machen. Das ist das Problem.“ ■

Mitarbeit: Andrej Werth



Foto: Alexander Albar

„In Südtirol sind durch die Verflechtungen zwischen Verbänden und SVP Abhängigkeiten entstanden, die die Politik erpressbar machen.“

Renate Holzeisen, Anwältin, die dem Team K nahesteht

Tauziehen zwischen Wirtschaft und Arbeit: Es wird immer ein krasses Ungleichgewicht geben.



Illustration: freepik